

# KLARTEXT

## aus dem Bundestag



### Messermigration? Nicht mit der AfD!

Im vergangenen Jahr 2022 wurden in Deutschland rund **11.000 Messerangriffe** verzeichnet, durchschnittlich also über **30 pro Tag!**

Allein in Bahnhöfen, Zügen und an Flugplätzen registrierte die Bundespolizei **336 Messerattacken**: doppelt so viele wie im Jahr 2021. Wir alle wissen, dass diese Entwicklung verhältnismäßig neu ist. Sogenannte **"Junge Männer"** aus dem Ausland, die angeblich nach Schutz und Frieden in Deutschland suchen, den sie in ihrer Heimat nicht finden konnten, sorgen sogar in unserem ruhigen und beschaulichen **Ostthüringen** für Angst und Schrecken. Für uns als AfD steht fest: wir können nicht zusehen, wie die eigene Bevölkerung ihre lieb gewonnenen **Routinen und Traditionen** aufgeben muss.

Die **Grenzen** müssen kontrolliert und geschützt werden und nicht jeder darf ungehindert in unser Land, in unsere **Sozialsysteme** einwandern. Wer Schutz vor der Verfolgung in der Heimat in **Deutschland** sucht oder dies zumindest vorgibt, und dennoch kriminell wird, der hat in unserem Land nichts mehr verloren und sein Recht auf Schutz verwirkt.

Dass die Behörden diejenigen, die immer wieder straffällig werden, nicht einmal im Auge haben, ist ein Skandal. In der AfD nehmen wir diese Entwicklung sehr ernst und als einzige Partei fordern wir **Konsequenzen**. Kommen Sie mit mir ins Gespräch und lassen Sie uns gemeinsam für ein besseres Deutschland kämpfen.

Ihr/Euer **Stephan Brandner**



[www.stephan-brandner.de](http://www.stephan-brandner.de)

### Bundestag bunkert sich ein

Während die Grenzen sperrangelweit offen sind, bunkern sich die Politiker der Altparteien immer weiter ein. Ein zweieinhalb Meter tiefer und zehn Meter breiter Graben, Sicherheitsanlagen und Zäune für 150 Millionen Euro werden bereits gebaut: Ab März sollen zusätzlich verschärfte Zugangsregeln für Bundestagsgebäude gelten. Auch wenn Sorgen vor Terroranschlägen berechtigt sein mögen: Immer strengere Zugangsregeln, wie in einem Hochsicherheitstrakt, sorgen bei den Abgeordneten auch für eine Bunkermentalität im Kopf. Abschottung ist das Gegenteil einer offenen Bürgergesellschaft. Gleichzeitig offenbaren die massiven Investitionen in die eigene Sicherheit der Bundestagsabgeordneten ein egoistisches Denken und eine sicherheitspolitische Zwei-Klassen-Gesellschaft. Politiker werden gewählt, um die Sicherheit für alle Bürger zu gewährleisten, nicht nur ihre eigene.

### Diätenerhöhung in der Krise? Bloß nicht!

Während die Bürger die Lasten der galoppierenden Inflation schultern müssen, dadurch immer weniger Geld in den Taschen haben und mit großer Angst in die Zukunft schauen, erhöhen sich die Bezüge für Abgeordnete automatisch. Zur Jahresmitte sollen die Diäten um sagenhafte 3,4% steigen. Die Altfraktionen haben nicht einmal den Anstand und Mut, diese Erhöhung zu debattieren, nein, sie soll möglichst geräuschlos an der Bevölkerung vorbei erfolgen. Als AfD halten wir das für einen großen Fehler, der das Vertrauen in die Politik und die Politiker ein weiteres Mal beschädigt.



### Kirchenasyl ist Verachtung des Rechtsstaats

Im Jahr 2022 hat sich die Anzahl derjenigen, die sich hierzulande im Kirchenasyl befanden, von 336 Personen im Jahr 2021 auf 1763 Personen mehr als verfünffacht.

Das sogenannte Kirchenasyl hat keine Rechtsgrundlage und verhöhnt den Rechtsstaat. Dass Behörden diese rechtswidrige Praxis akzeptieren, hat weitreichende Folgen für unser Land und nicht zuletzt den Steuerzahler. Als AfD-Fraktion lehnen wir das ab. Rechtsstaatliche Verfahren müssen akzeptiert werden und wer ausreisen muss oder keine Bleibeperspektive hat, muss unser Land verlassen.



# Gewaltenteilung ist keine Floskel!

Die Wahl der Richter für das Bundesverfassungsgericht gehört nicht in die Hand von Politikern, die in Hinterzimmergremien an der Öffentlichkeit vorbei entscheiden, wie es derzeit der Fall ist.

Durch ein transparentes Verfahren eines parteipolitisch unabhängigen Richterwahlgremiums würde die Gewaltenteilung zwischen der Legislative und der Judikative wieder hergestellt. Öffentliche Anhörungen müssen die Richterwahl aus Kungelrunden an die Öffentlichkeit bringen. Nur eine grundlegende Reform von Wahlverfahren, Mitwirkung, Debatte und Transparenz sorgt dafür, dass das beschädigte Vertrauen der Bürger in das Verfassungsgericht wiederhergestellt wird. Dass der kürzlich auf Vorschlag der Grünen ernannte Kandidat künftig im Bundesverfassungsgericht für den Klimaschutz zuständig sein wird und helfen kann, die von den Grünen propagierte Transformation der Gesellschaft rechtlich abzusichern, ist alles andere als Ausdruck von Gewaltenteilung.



# Scheinvaterschaften verhindern!

Bei sogenannten Scheinvaterschaften geben Männer fälschlicherweise und wider besseren Wissens vor, dass sie der Vater von Kindern ausländischer Mütter sind. Die Vaterschaftsanerkennung hat sich zu einem attraktiven Geschäftsmodell insbesondere für mittellose deutsche Männer entwickelt. Pro Vaterschaft sollen die angeblichen Väter von 5.000 bis 20.000 Euro erhalten. Einige Männer hätten 20 Vaterschaften anerkannt. Ich sehe es nicht ein, dass der redliche Steuerzahler für Kuckuckskinder mittelloser Deutscher aufkommen soll, die sich mitnichten in der Erziehung engagieren, sondern einfach Ihr Einkommen durch einen offensichtlichen Betrug erzielen, der ausländischen Müttern und ihrer ganzen Familie eine Bleibeberechtigung in Deutschland ermöglicht. Deshalb fordere ich, dass die Ausländerbehörden in allen Fällen der Vaterschaftsanerkennung beteiligt werden, wenn ein Elternteil nichtdeutscher Herkunft ist, denn nur sie verfügen über Hinweise, die es uns erlauben, Betrüger zu identifizieren. Darüber hinaus stellt die von mir vorgelegte Änderung des Gesetzes fest, dass die Beweislast für die Anerkennung einer leiblichen Vaterschaft der Anerkennende trägt. Dies kann mit Hilfe einer DNA-Analyse geschehen.

[www.stephan-brandner.de](http://www.stephan-brandner.de)



März 2023

7. Jahrgang, Ausgabe 18, 03/2023

# Strafanzeige gegen Faeser!

Ich habe Strafanzeige gegen Nancy Faeser wegen des Verdachts der Nichtweiterleitung einer Parteispende und der damit einhergehenden Verletzung einer ordnungsgemäßen öffentlichen Rechnungslegung sowie der Begehung der Untreue erstattet. Dass sich die Altparteien den Staat zur Beute gemacht haben, kritisieren wir als AfD-Fraktion ja schon lange. So schamlos, durchschaubar und aus meiner Sicht kriminell, wie Frau Faeser handelt, ist es aber selten: Sich mit erheblichem Aufwand von Steuer- und Ministeriumsmitteln einen Twitterkanal aufmotzen zu lassen und ihn dann auf sich als wahlkämpfende SPD-Landesvorsitzende unentgeltlich übertragen zu lassen, verstößt nicht nur gegen das Parteienrecht, sondern auch gegen die Verfassung. Staat, Parteien und Privatsachen sind drei Paar Schuhe und müssen im Sinne der Chancengleichheit strikt getrennt werden.



# Zeitumstellung beenden!

Keiner braucht sie, keinem nutzt sie und Millionen Bürger haben sich gegen sie ausgesprochen: dennoch werden die Uhren auch weiterhin zwei Mal im Jahr umgestellt. Das kostet Millionen, erhöht die Zahl der Unfälle und führt zu gesundheitlichen Problemen. Wir wollen endlich Schluss machen mit der teuren Tradition und fordern ein Ende der Umstellung mithilfe eines entsprechenden Gesetzentwurfes.



# Letzte Generation verbieten!

Die Aktionen der sogenannten "Letzten Generation" werden immer radikaler und gefährlicher - die Mitglieder sind längst nicht mehr nur lästige Stauverursacher. Sogar von der Inkaufnahme von Toten ist die Rede. Daher steht für uns fest: Die Organisation gehört verboten und den Mitgliedern muss mit Strafrecht und Schadensersatzforderungen der Spaß am Kleben endgültig genommen werden. Einen entsprechenden Antrag habe ich gestellt.



Infostände im Schneesturm, die Neujahrsempfänge in unseren Wahlkreisbüros, Messebesuche, Unternehmensbesuche, eine Vortragstour durch NRW, Urteilsverkündung beim Bundesverfassungsgericht, Kundgebungen für den Frieden, eine Delegationsreise nach Afrika: Meine Arbeit ist vielfältig aber sie ist immer eins: am Bürger und seinen Interessen orientiert!

[www.stephan-brandner.de](http://www.stephan-brandner.de)

## Arbeitslosigkeit steigt leider immer weiter!

Im Bereich der Agentur für Arbeit Ostthüringen ist die Zahl an Arbeitslosen weiter gewachsen. Insgesamt waren 2.270 Personen mehr als im Vorjahresmonat arbeitslos gemeldet. Besonders dramatisch zeigt sich die Situation unter Ausländern: sie stellen inzwischen rund ein Viertel aller Arbeitslosen beziehungsweise knapp ein Drittel aller Empfänger von Leistungen aus dem Bereich des SGB II. Der Sozialstaat kann diese Lasten nicht länger tragen. Auch in unserer ländlich geprägten Region gibt es viele Arbeitsstellen, die keine fließenden Deutschkenntnisse verlangen - eine zügige Arbeitsaufnahme sollte also nahezu problemlos möglich sein. Tausende Arbeitsstellen in der Region sind sofort zu besetzen: wir können es uns nicht leisten gleichzeitig immer mehr Personen in der sozialen Hängematte zu dulden und diese Stellen unbesetzt zu lassen.



## Die Grünen sind eine Gefahr für uns alle



Die Grünen sind DIE Verbotsparterie in Deutschland: Verbot von Gas- und Ölheizungen, Verbot von Verbrennern und nun das Werbeverbot für vermeintlich ungesunde Lebensmittel: Die Grünen sind eine Gefahr für Deutschland. Wir brauchen keine Planwirtschaft in Deutschland, die unseren Wohlstand endgültig ruiniert. Wir brauchen mehr Markt, mehr Marktwirtschaft und weniger Hindernisse für wirtschaftliche Entfaltung. Diese Verbotsexzesse der Grünen führen dazu, dass unser Wohlstand in Gefahr ist. Ein EU-Geheimpapier zeigt: Die Folgen der Energiekrise treffen die europäische, vor allem aber die deutsche Industrie härter als ihre globalen Wettstreiter in den USA und in China. Das wirkt sich auf die Zukunftsperspektiven der Unternehmen hierzulande aus. Die Deutsche Wirtschaft blickt negativer in die Zukunft als zu Pandemiezeiten: Die hellbraune Regierung und ihre katastrophale Energie- und Wirtschaftspolitik sind eine Gefahr für unser Land. Als AfD stehen wir für eine diversifizierte Energiepolitik,

# Genderquatsch beenden!



Sternchen-innen im Parlament? Genderstottern in Gesetzentwürfen? Wir sagen dazu ganz klar NEIN! Ein Großteil der Menschen lehnt das Gendern ab und das gilt nicht nur für alte weiße Männer, wie der Vorwurf lauten könnte. Gendern hat insbesondere im Parlament nichts zu suchen, denn dort geht es (zumindest uns) nicht um Ideologie sondern um Verständlichkeit und Lesbarkeit. Jeder Bürger muss in die Lage versetzt werden, die Vorlagen, die das Parlament behandelt auch verstehen zu können. Mit einem Antrag fordern wir daher zum einen die Bundesregierung auf, das Verunstalten unserer schönen Sprache zu unterlassen und wollen außerdem die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ändern, um die Lesbarkeit von Vorlagen auch dann sicherzustellen, wenn diese von den Fraktionen eingebracht werden. Gendern kann weiterhin gern jeder im Privatleben - im Deutschen Bundestag hat diese Ideologie aber nichts zu suchen!

## Wir sind für Sie da und hier:

### Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21  
07545 Gera  
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30  
Fax: 03 65 - 22 69 12 50  
E-Post: kontakt@brandner-im-bundestag.de

**Geöffnet: Di. bis Do. 10-17 Uhr**

### Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8  
07937 Zeulenroda-Triebes  
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02  
E-Post: zeulenroda@brandner-im-bundestag.de

**Geöffnet: Mo. und Do.: 10-17 Uhr**

### Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25  
04600 Altenburg  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: altenburg@brandner-im-bundestag.de

**Geöffnet: Mo. und Mi.: 10-17 Uhr**

### Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11  
04639 Gößnitz  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: goessnitz@brandner-im-bundestag.de

**Geöffnet: Do. und Fr.: 10-17 Uhr**

### Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8  
99610 Sömmerda  
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888  
E-Post: soemmerda@brandner-im-bundestag.de

**Geöffnet: Mo.: 10-17 Uhr**

### Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4  
99510 Apolda  
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468  
E-Post: apolda@brandner-im-bundestag.de

**NEU: Geöffnet: Mi.: 10-14 Uhr**

## Besuchen Sie mich auch im Netz!

 [www.facebook.com/stBrandner](https://www.facebook.com/stBrandner)  [www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb](https://www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb)  
 [www.twitter.com/stbrandner](https://www.twitter.com/stbrandner)  [t.me/StephanBrandnerMDB](https://t.me/StephanBrandnerMDB)  
 [www.instagram.com/stephanbrandner](https://www.instagram.com/stephanbrandner)  [www.tiktok.com/@brandner\\_afd](https://www.tiktok.com/@brandner_afd)

## Rätselspaß

**Welcher Bundestagsabgeordnete hat derzeit (Stand 14. März 2023) die meisten Gesetzentwürfe in der aktuellen Legislaturperiode eingebracht?**

Senden Sie uns eine Postkarte mit dem Lösungswort an unser Wahlkreisbüro in die Rudolf-Diener-Straße 21, 07545 Gera und gewinnen Sie ein Abendessen mit Stephan Brandner im Wahlkreis. Mit der Teilnahme am Gewinnspiel erklären Sie sich mit der Nutzung Ihrer Daten einverstanden. Der Gewinner wird unter allen Einsendungen, die die richtige Lösung, den vollständigen Vor- und Zunamen sowie die postalische Adresse enthalten, ausgelost und benachrichtigt. Einsendeschluss ist der 15.06.2023. Der Gewinner erklärt sich einverstanden, mit Namen und Bild in einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht zu werden.

## Sie wollen mehr Informationen?

Erhalten Sie den wöchentlichen Rundbrief, Einladungen und mehr. Einfach in die Kontaktliste eintragen lassen unter [kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de).

[www.stephan-brandner.de](http://www.stephan-brandner.de)

März 2023

7. Jahrgang, Ausgabe 18, 3/2023

## Die rechte Ecke: Antifeminismusbildestelle

Wozu sind ehemalige Stasimitarbeiter gut? Na klar: zur Neuinstallation einer sogenannten Meldestelle für Antifeminismus. Diese ist an der Amadeu-Antonio-Stiftung angesiedelt und wird steuergeldfinanziert. Schon im ersten Monat sind dort 700 Meldungen von antifeministischen Vorfällen eingetroffen. Erfasst werden sollen nach Aussage der Netzseite:

- Flyer mit antifeministischen Inhalten, zum Beispiel Mobilisierung gegen die „Gender-Ideologie“,
- Publikationen zu Verschwörungserzählungen, zum Beispiel über eine vermeintliche „Homo- und Translobby“ oder „Gender-Ideologie“,
- Instrumentalisierung von Themen für eine antifeministische Agenda (zum Beispiel vermeintlicher „Kinderschutz“ mit queerfeindlichen Narrativen),
- Diffamierung von Wissenschaftler\*innen der Gender Studies, zum Beispiel als „unwissenschaftlich“, „Geldverschwendung“ etc.,
- organisierte Kampagnen gegen geschlechtergerechte Sprache.

Erkennen Sie sich wieder? Dann melden Sie sich hier: <https://antifeminismus-melden.de/vorfall-melden/>

## Hunderttausende für Baerbocks Frisur



Wer zahlt eigentlich, wenn Sie zum Frisör gehen? Sie selbst? Bei Annalena Baerbock, unserer 'eloquenten' Außenministerin, ist das anders. Der Steuerzahler muss jährlich rund 140.000 Euro auf den Tisch legen, um die Fönwelle der Ministerin zu ermöglichen. Selbst bei unserem Kanzler, dessen Halbglätze nicht besonders pflegeintensiv zu sein scheint, sind 40.000 Euro pro Jahr nötig. Für mich steht fest: würde die Ministerin das Geld in Englischkurse investieren, um so nicht ausversehen Russland den Krieg zu erklären oder bei der Volkshochschule einen Lesekurs belegen, wären die Mittel besser angelegt. Noch besser angelegt sind sie aber definitiv in den Taschen der Steuerzahler, denen herzlich egal sein kann, ob Baerbocks Haare liegen oder Scholz' Glätze gut poliert ist.

Zu meiner Anfrage geht es hier:

